



VORWÄRTS. NICHT VERGESSEN. Was die GEW bewegt

Weniger
Demeritstunden
dafür:
bessere Verhältnisse
mehr Zeit für
Schüler und Eltern



SCHREK

Bezahlung 4,13 + Zulage
Arbeitssk. 2,35
23,30
25,50
27,50

BAT IV - 27,50
Die armen Schweine
genannt:
Sozialrädler



Herausgeber

**Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Bremen**

**VORWÄRTS.
NICHT VERGESSEN.
Was die GEW bewegt**

Kellner Verlag
Bremen Boston



Dieses Buch ist bei der Deutschen Nationalbibliothek
registriert. Die bibliografischen Daten können online
angesehen werden:
<http://dnb.d-nb.de>

IMPRESSUM

© 2013 *KellnerVerlag*, Bremen • Boston
St.-Pauli-Deich 3 • 28199 Bremen
Tel. 04 21-77 866 • Fax 04 21-70 40 58
sachbuch@kellnerverlag.de • www.kellnerverlag.de



Lektorat: Manuel Dotzauer & Aaltje Anhalt
Satz: Meike Kramer
Umschlag: Julia Koal

Alle nicht näher gekennzeichneten Fotos sind dem GEW-Archiv entnommen

ISBN 978-3-95651-009-0

Inhaltsverzeichnis

Christian Gloede, Bernd Winkelmann Vorwort des Geschäftsführenden Vorstands der GEW Bremen	8
Martin Gohlke Einleitung	10
Paul Goosmann Gedanken zur Gründung	17
Helga Ziegert Was ist die GEW – Gewerkschaft oder Pädagogenverband?	20
<i>I GEW als Bildungsgewerkschaft</i>	24
<hr/>	
I. 1 Heilke von der Ahe Die Grundschularbeit der GEW Bremen von Mitte der 1960er-Jahre bis Mitte der 1990er-Jahre	24
I. 2 Rolf Berger/Ernst Steinhoff Wenn schon Schule, dann Gesamtschule!	44
I. 3 Volker Arnold Die Fachgruppe Gymnasien als Generationsprojekt – Eine Skizze	56
I. 4 Tammo Hinrichs »Reform ist möglich: Doppelqualifikation – Bremens dritte Säule zwischen Berufsausbildung und Abitur«	65
I. 5 Jochen Ströh 30 Jahre Integration am Schulzentrum an der Alwin-Lonke-Straße	72
I. 6. Helmut Zachau Die beruflichen Fachgruppen – Arbeit an der Nahtstelle zur Arbeitswelt	79
I. 7 Helene Peniuk Kinder mit Migrationshintergrund in Bremer Schulen	83
I. 8 Siegfried Bokelmann/Jürgen Hadtstein/Ernst Steinhoff »There is no education without physical education« – Vom »Ausschuss für Leibeserziehung« zur Sportkommission	92
I. 9 Rainer Ubbelohde Der Einfluss der GEW auf die Entwicklung der Lehrerbildung im Lande Bremen 1945–1974	97

I. 10 Johannes Beck Vor dem Gesetz – Über den Weg zum Bremischen Lehrerausbildungsgesetz von 1974	100
I. 11 Helmut Zachau Von der Roten Kaderschmiede in die Niederungen des Schulalltags	107
I. 12 Erwin Jürgensen Anspruch und Wirklichkeit – Ziele und Inhalte der 2. Phase der Lehrerausbildung im Lande Bremen	115
I. 13 Frank Behrens Schulentwicklung und Lehrerfortbildung in kommunaler Hand	120
II. GEW in Bremerhaven	126
II. 1 Horst von Hassel Zwei Anläufe zur Schulreform in Bremen – 1950 und 1975	126
II. 2 Gisela Wiegel Die Fachgruppe Primarstufe: Motor einer Schulreform »von unten«	131
II. 3 Werner Ihnen Vom Lehrerverein zur Gewerkschaft	135
II. 4 Wolfgang Vogel Die erste Gesamtschule im Land Bremen	139
II. 5 Manfred Bollhöfer Die Orientierungsstufe – Erster Schritt für die GEW	143
II. 6 Frank Behrens Berufsverbotspolitik »spaltet« die GEW Bremerhaven	145
II. 7 Hannes Pilger Die innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen spitzen sich zu – Ort: Die Bezirksdelegiertenversammlungen 1975-90	148
II. 8 Bernd Winkelmann Streiken muss man schließlich selber!	152
III GEW als Interessenvertretung	155
III. 1 Helga Ziegert »Kampfmaßnahmen bis hin zum Streik« – Die GEW stärkt ihre Durchsetzungsfähigkeit	155

III. 2 Wolfgang Bielenberg A – wie angestellt	165
III. 3 Helga Ziegert Die Arbeitszeitkampagne der GEW – Der Weg ist das Ziel	172
III. 4 Andreas Lennert GEW und Bildungsbehörde	180
III. 5 Jürgen Burger »Einstellung aller arbeitslosen Lehrer!« – LehrerInnenarbeitslosigkeit in den 1980er Jahren	183
III. 6 Romina Schmitter »Das war für uns damals selbstverständlich« – Frauen in der GEW	188
III. 7.1 Ernst Kahrs GEW im Personalrat – Bis 1988	204
III. 7.2 Ernst Steinhoff »Wir haben die Schnauze voll ...«	209
III. 7.3 Erika Bosecker Kann das gut gehen? – Oder: »Es geht auch ohne ...«	211
III. 7.4 Hajo Kuckero »Und morgen retten wir die Welt« – Schaffen wir die Schule oder schafft die Schule uns?	221
III. 8 Friedhelm Arning Personalrat im Betrieb »Universität«	229
IV GEW als Organisation	238
IV. 1 Lutz Drosdowsky/Ernst Steinhoff Extremisten gehören nicht in die Gewerkschaft – Flügelkämpfe in der Bremer GEW	238
IV. 2 Frank Behrens, Barbara Larisch Berufsverbote und Unvereinbarkeitsbeschlüsse – Eine Zerreißprobe für die GEW	246
IV. 3 Kristine Grzemba, Dr. Eva Kammler Gemeinsam waren wir stark – Die Aktionsgemeinschaft Demokratischer Lehrer (ADL) als Sammelbecken linksdemokratischer Kräfte	252

IV. 4 Lutz Drosdowsky, Helga Ziegert Aufbruch, Engagement und Desillusionierung – Betriebsgruppenarbeit in Horn und Huchting	256
IV. 5 Romina Schmitter BLZ, die »Bremer Lehrerzeitung«	270
IV. 6 Ernst Steinhoff Lehrerkabarett in der GEW	278
V Kooperationen und Bündnispartner	282
V. 1 Helga Ziegert »Gewerkschaft Ewige Wahrheit« – Die GEW im DGB	282
V. 2 Lutz Drosdowsky im Gespräch mit Marianne Isenberg (ZEB) »Es geht in der Schule um Kinder«	288
VI Gesellschaftliches Engagement	293
VI. 1 Dieter Mazur »Stell dir vor, es ist Krieg – und keiner geht hin!« – GEW und soziale Bewegungen	293
VI. 2 Bernd Graul Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker – Gewerkschaft unterstützt die nicaraguanische Revolution	312
VII. Jan Eric Ströh Gemeinsam statt einsam – Die Junge GEW	318
Autorinnen/Autoren	321
Abkürzungsverzeichnis	325
Vorsitzende der GEW Bremen und Bremerhaven	327
Chronologie	328
Personenregister	330

Gründungsaufruf

»Die Gründung der Organisation bremischer Lehrerinnen und Lehrer ist ein unabweisbares Gebot der Stunde. Dieser Pflicht uns zu entziehen, würde heißen, uns des Rechtes zu begeben, denjenigen Beitrag zur Gestaltung des öffentlichen Lebens zu leisten, der gerechterweise von uns gefordert werden kann. Nie sind die äußeren Umstände für einen Neubau des Schul- und Erziehungswesens so depremierend gewesen wie heute. Nie war die innere Not so erschütternd, daß die großen Aufgaben, die aus ihr entspringen, von Erziehern, die Verantwortung fühlen, übersehen werden können.

Äußere und innere Not erfordern gebieterisch die aktive Mitarbeit der Lehrerschaft. Wir haben zu kämpfen, gemeinsam zu kämpfen. Zögern wir noch länger, den Kampf aufzunehmen, wird man uns die Waffen aus der Hand schlagen, ehe wir sie aufnehmen.

Schon seit längerer Zeit sind Vertreter der Volksschulen, der höheren Schulen und der Berufs- und Fachschulen miteinander in Verbindung getreten, um die Frage der gemeinsamen Arbeit im Rahmen einer Einheitsorganisation der Lehrer Bremens zu prüfen. Sie waren alle der Überzeugung, daß der Grundstein zum sinnvollen Neubau des deutschen Schulwesens nur gelegt werden kann durch eine vertrauensvolle sachliche Zusammenarbeit innerhalb der gesamten Lehrerschaft. Die Unterzeichneten glaubten, daß der Überwindung der anfänglichen Schwierigkeiten und der einzelnen Berufsgruppen unseres Standes nunmehr nichts im Wege steht. Sie halten die dieser Einladung beigefügten zur Debatte stehenden Satzungsparagraphen für geeignet, die Grundlage der gemeinsamen Arbeit zu bilden.

In Hamburg und im gesamten Land Braunschweig ist die gemeinsame Erziehungsorganisation vor die Öffentlichkeit getreten; verschließen wir uns nicht dem Gebot der Stunde!

Setzen wir unseren Ehrgeiz darein, die bremische Schule und ihre Lehrerschaft an den Platz zu stellen, an den beide ihrer Tradition nach gehören.«

Quelle: aus »BLZ« 7/8'86

Vorwort

Unsere GEW hat eine Geschichte

... und 4.862 Mitglieder im Juli 2013; eine Zahl im Aufwind oder im Rückgang, je nach Bezugszeitraum: Vor gut 30 Jahren ein Anlass zur Sorge (minus 360), vor 13 Jahre eine utopisch anmutende Wunschvorstellung (plus 1.068).

Solche Mitglieder»bewegungen«, um den Titel unseres Buches aufzunehmen, haben naheliegenderweise Hintergründe. Derartige Schwankungen im Mitgliederzuspruch sind Seismografen, und nicht nur der Geschäftsführende Landesvorstand sieht sich mit der Frage konfrontiert herauszufinden, an welcher Stelle die entsprechenden Erdbeben aufgebrochen sind oder losgetreten wurden.

Neben diesem historischen Sachverhalt gibt es ein zweites interessantes Zahlenmaterial, nämlich die Altersverteilung unserer Mitgliedschaft im Jahre 2013. Würde man diese in Form eines Graphen darstellen, so fallen zwei gravierende »Ausschläge« auf: ein im Fachjargon sogenannter »Altersberg« und ein »Hoffnungshuckel« – und diese stehen schon in einem Zusammenhang zu den zitierten (politischen) Erdbeben, wenn auch in keinem linearen.

Wenn wir uns zunächst auf den »Altersberg« beziehen, dann sprechen wir von den Aufrechten, die seit der Gründung, damals noch der Lehrervereine, dabei sind, von denjenigen, die eigentlich keine andere Chance hatten, weil der Schulleiter beim Antrittsbesuch das Eintrittsformular gleich mit ausgehändigt hat, oder den Politisierten,

die im Gefolge der legendären Jahre der Unruhen unsere Organisation als hinreichend gesellschaftlich relevant einstufen.

Diejenigen, die den »Hoffnungshuckel« bilden – und das Gute an ihm ist, dass er wächst –, haben von diesen Ereignissen günstigstenfalls in der Schule gehört, wenn sie denn das Glück hatten, eben jene gewerkschaftsorientierten Lehrkräfte zu bekommen, von denen eben die Rede war, oder mussten in der multimedialen Unübersichtlichkeit der heutigen Zeit den richtigen »Link« zur Gewerkschaft auf unterschiedlichsten Wegen selbst finden – allen üblen Nachreden zum Trotz, dass ihnen die notwendige »Einstellung« fehle.

Alle zusammen sind dann die 4.862 und widmen sich den Erdbeben. Mit einem Trend zum individuellen Zugriff im kollektiven Verbund. In der Notwendigkeit, aktuellen Herausforderungen zu begegnen mit dem Werkzeug der Erfahrung und einer Perspektive der Solidarität.

Nun können nicht immer alle zusammenkommen, wenn es Not täte. Insofern ist es sinnvoll, jetzt etwas aufzuschreiben, zu wichtigen Themen, die bedeutsam bleiben, zu strategischen Entscheidungen, die manche Weichenstellung erklären, zu spektakulären Aktionen, die nicht neu erfunden werden müssen, zu Verfahrensweisen, die sich erledigt haben – und zu der Überzeugung, eigenständige Bildungsgewerkschaft mit all ihren Professionen sein zu wollen.

»Ein Buch – hoffentlich nicht so trocken formuliert«

... wird manches Mitglied nicht nur denken, lieber authentisch, eher Quelle als historische Abhandlung, lieber mehr als weniger persönlich gefärbt, selbstkritisch den eigenen Ansprüchen folgend, vielfältig, kontrovers. Das ist im Folgenden geschehen – als Sammlung verschiedener Beiträge von Zeitzeugen, die ihre aktiven Jahre in der GEW aufarbeiten und reflektieren.

Manch eine und einer wird erstaunt sein, auf welchem Fundament die eigene Mitgliedschaft in der GEW ruht, manch andere/r beruhigt oder sogar froh, prägende Ereignisse nochmals aufleben zu lassen. Einige werden sich auch im Rückblick noch mal ärgern ...

... aber alle das Buch lesen – über die Geschichte, die diese Gewerkschaft ausmacht, mit ihren kleinen und großen Erdbeben.

Wir wünschen euch dabei viel Vergnügen und dem Buch eine streitbare Zukunft. Wir danken stellvertretend für die Autorinnen und Autoren den »Anschieber/innen« dieses Projekts, Frank Behrens, Wolfgang Bielenberg, Lutz Drosdowsky und Helga Ziegert, für ihre Initiative und die intensive Arbeit.

Die GEW Bremen legt mit dieser Veröffentlichung ein Zeitzeugnis der Vielfalt vor, bei dem nicht allen jede Passage gefallen wird. Anlässlich des mehr als 40 Jahre zurückliegenden radikalen Erlasses, »mehr Demokratie zu wagen«, findet bei allem Widerspruch zu einzelnen historischen Einschätzungen oder Auslassungen selbstverständlich keine Zensur durch den Geschäftsführenden Landesvorstand statt.



Christian Gloede



Bernd Winkelmann

Landesvorstandssprecher der GEW Bremen
im August 2013

Einleitung

Liest man die von insgesamt 34 AutorInnen angefertigten Beiträge des vorliegenden Sammelbandes unter der Fragestellung, welche allgemeine historische Begebenheit denn wohl am prägendsten auf den Verlauf der Bremer und Bremerhavener GEW-Geschichte im letzten halben Jahrhundert Einfluss genommen hat, bietet sich als Antwort diejenige Entwicklung an, deren unmittelbare Vorgeschichte im Jahr 1966 mit einem Aufruf zur Bildung einer »Außerparlamentarischen Opposition« begann. Die Abkürzung APO sollte bekanntlich Geschichte schreiben, sie steht in der Regel synonym für die 68er-Bewegung, eine Bewegung, die sich wie ein Faden durch viele Aufsätze dieses Buches zieht. Sei es bei den Diskussionen zu methodischen, didaktischen und inhaltlichen Fragen des Schulunterrichts, den Auseinandersetzungen zur Gliederung des Schulsystems und der Lehrerbildung, den sich verändernden Selbstverständnissen der GEW als Interessenvertretung und allemal bei den vielfältigen innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen – immerzu zeigen sich in den Schriftbeiträgen Gedanken, die in 68 eine Wiederentdeckung erfahren oder gar neu kreiert wurden. 1968 als eine kulturelle Neugründung der Bundesrepublik oder als ein Ereignis zu deuten, das wie kein anderes in der Geschichte der Bundesrepublik Wirkungsgeschichte schrieb, indem es in mehreren Wellen die gesellschaftliche Modernisierung vorantrieb – diese hohe Gewichtung, die verschiedene Historiker der 68er-Zeit zuschreiben,

erweist sich bei der Lektüre der 2012 und 2013 angefertigten Aufsätze als sehr gut nachzuvollziehen.

Die von der 68er-Bewegung ausgehenden Veränderungen fußten auf die »Infragestellung der kulturellen Hegemonie, des geschlossenen Zusammenhangs der konservativen Gesellschafts- und Weltinterpretation«, in dessen Folge es nicht zuletzt zu mannigfachen »Veränderungen im Erziehungsmilieu« kam, wie es der Soziologe Oskar Negt ausdrückte, der selbst als Akteur in der Studentenbewegung aktiv war.¹ Bereits 1965 hatte der Philosoph und Pädagoge Georg Picht mit seinem Buch »Die deutsche Bildungskatastrophe« für viel Neugier unter den Studierenden gesorgt, als er sich frontal gegen den »dreigliedrigen Stufenausbau, die Trennung von Berufsbildung und Allgemeinbildung ... und die Vernachlässigung der Erwachsenenbildung«² aussprach. Die Kritik am Bildungswesen stellte jedoch nur eins der Themen dar, die dann im Wintersemester 1967/68, als die Diskussion von theoretischen Fragen im Spiegel aktueller politischer Entwicklungen ihren Höhepunkt erlebte, eine herausragende Rolle erhielten. Wesentlicher waren, sucht man nach den Ursachen des Aufbegehrens, diejenigen Entwicklungen, die heute geradezu zum Kollektivgedächtnis der politischen Linken gehören: die Verdrängung des Faschismus, der Vietnamkrieg, die Notstandsgesetze. Die Verkettung dieser Sachverhalte begründete sodann die Dynamik einer politischen und sozialen Bewegung, die bezüglich ihrer Ausstrahlung und Wirkungsgeschichte auf

keine vergleichbaren Vorgänge in der noch jungen Geschichte der Bundesrepublik verweisen konnte. Die 68er-Bewegung war rasant und global, und sie entwickelte auf der Grundlage einer Kritischen Theorie, die in Herbert Marcuse ihren originellsten Vertreter hatte, jenen Pathos der Befreiung, der viele Menschen ganz selbstverständlich zu einem gesellschaftlich engagierten Leben trieb. Wobei der Weg mehr als nur selten an die Schulen führte, ganz in der von der Reformpädagogik getragenen, von der neuen Lehrergeneration angenommen Erkenntnis, wie wichtig dieser Ort für die Entwicklung einer besseren Welt ist. Dieser Antrieb wird in den Aufsätzen mehr als nur einmal deutlich.

Als in Bremen in den Jahren nach der 68er-Zeit die ersten vier Gesamtschulen gegründet und an verschiedenen Schulen erste Gehversuche in der Doppelqualifikation von beruflicher und gymnasialer Ausbildung gemacht wurden, als sich darüber hinaus junge Lehrkräfte leidenschaftlich gegen das bis zum Vormärz zurückreichende Bild von Lehrern als geistige und moralische Übermenschen aussprachen, da durften alle Akteure auf eine die Bremer Entwicklungen unterstützende sozialliberale Bundesregierung hoffen. Zwar scheiterte auf Bundesebene eine umfassende Bildungsreform am Widerstand der CDU gegen die Gesamtschule und an der Kulturhoheit der mehrheitlich konservativ geführten Bundesländer, jedoch kam es infolge der Bereitschaft zu einer expansiven Finanzpolitik sehr wohl zu einschneiden-

den Veränderungen. Nie wieder sollte in der Geschichte der Bundesrepublik der Neu- und Ausbau von Bildungsstätten in dem Maße vorangetrieben werden wie in den 1970er-Jahren. Von den gestiegenen monetären Möglichkeiten zeugte auch das 1971 eingeführte Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG), das zu einer spürbar besseren finanziellen Situation von Studierenden und SchülerInnen führte und sich entgegen vieler Prognosen aktuell mit rund 870.000 Geförderten als ausgesprochen lebendig erweist.

Auch wenn die Einführung des Numerus Clausus im Jahr 1972, mit der die Zahl der Studierenden für einige Studienfächer begrenzt wurde, schon auf die seit den 1980er-Jahren übliche Verwertung des Reformbegriffs für neolibérale Zwecke hinweist, so standen die Jahre der Reformära (1969–1974) unter dem von Bundeskanzler Willy Brandt erhobenen Motto »Mehr Demokratie wagen« ganz im Zeichen progressiver Veränderungen. Dabei scheint es heute zuweilen kaum noch vorstellbar, mit welchen Traditionen, die allesamt das Erziehungsmilieu beeinflussten, sich der reformfreundige Gesetzgeber auseinandersetzen musste: Ein uneheliches Kind konnte für die Frau eine Katastrophe bedeuten, denn sie erhielt nicht einmal das Sorgerecht und bei den Themen Ehebruch und gleichgeschlechtlicher Liebe konnten sich in den Gesetzestexten geradezu voraufklärerisch klingende Sätze wiederfinden. Als Antwort darauf reformierte die Bundesregierung das Ehe- und Familienrecht im Sinne der

Einleitung

Gleichberechtigung und zeigte auch bei anderen Fragen wie Gotteslästerung und Abtreibung, dass sie sich mit Macht gegen erhebliche konservative Widerstände durchzusetzen verstand.

Die besondere Dynamik, mit der die Bremer Politik in der Reformära agierte, lässt sich zum einen auf eine ab 1971 allein von den Sozialdemokraten gestellte Landesregierung zurückführen, zum anderen auf ein, und das mag überraschen, singuläres Ereignis, namentlich den zweiwöchigen Straßenbahnunruhen vom Januar 1968. Die Aktionen gegen eine Tarifierhöhung des öffentlichen Nahverkehrs waren weitaus mehr als nur eine Protestaktionen unter vielen. Dass die von Schülern initiierten Aktionen zunehmend die Unterstützung von anderen Bevölkerungskreisen erhalten hatten, trug entscheidend zur Einschätzung der Regierungspartei von einer wachsenden Distanz zwischen BürgerInnen und den von ihnen gewählten politischen RepräsentantInnen bei. Der sich daraus ergebene Druck zur Reform der politischen Strukturen führte in den Jahren zwischen 1969 und 1973 zu einer in der Bremer Nachkriegsgeschichte beispiellosen Modernisierung des politischen Systems. Beschlossen wurde die Einrichtung eines die Beschwerdemöglichkeiten der WählerInnen erheblich verbessernden Petitionsausschusses der Bürgerschaft, die Herabsetzung des aktiven Wahlalters von 21 auf 18 Jahre, erweiterte Mitwirkungsrechte der dezentralen politischen Körperschaften und eine Stärkung der Legislative gegenüber der Exekutive mit besseren Möglichkeiten der Bürgerschaftsabgeordneten, den Senat zu befragen und ihn zu einer schriftlichen Stellungnahme zu bewegen. Fragen des Schutzes der natürlichen Umwelt



Martin Gohlke

erhielten nicht nur formell eine wichtige Aufwertung, als das Senatsressort für das Gesundheitswesen in Ressort für Gesundheit und Umweltschutz umbenannt wurde.

Langzeitwirkung erhielt in der Endzeit der Reformära auch eine ökonomische Entwicklung. Die seit den 1960er-Jahren aufkommenden Entlassungswellen in der Industrie zeigten sich ab der Wirtschaftskrise 1973 in beschleunigter Form. Als bald sprach man in der Hansestadt wie anderswo von einer Massenarbeitslosigkeit und ganz im Gegensatz zu den anfangs optimistischen Prognosen erwies sie sich als so stetig, dass bei der Suche nach einer passenden begrifflichen Fassung der anhaltenden Unterbeschäftigung erstmals der Politiker und Publizist Ralf Dahrendorf von einer »Krise der Arbeitsgesellschaft« sprach. 1982 hiel-

ten die bundesdeutschen Soziologen ihre Jahrestagung unter diesem Titel ab und auch der DGB diskutierte unter der Gegenüberstellung vom »qualitativen und quantitativen Wachstum« die Frage nach den Grenzen einer auf selbstzweckhaftem Wachstum ausgegerichteten Wirtschaftsordnung.

In den 1980er- und 1990er-Jahren gab der Neoliberalismus den Ton an. Helmut Kohl erhob 1982 die Forderung nach einer »geistig-moralischen Wende«, die nicht zuletzt auf Grund der Erfahrung einer in den 1970er-Jahren gescheiterten keynesianischen Wirtschaftspolitik viel Zustimmung erhielt. Lange Zeit konnte der Neoliberalismus auf Grund der Systemkonkurrenz mit den realsozialistischen Staaten die gewohnten sozialen Standards nicht frontal angreifen. So wirkte eine relativ unkompliziert agierende Arbeitslosenversicherung gesellschaftlich befriedend auf die hohe Massenarbeitslosigkeit. Erst mit Hartz IV kam es hier zum Bruch.

Die Bremer Politik hatte mit einem besonderen Handicap zu tun. Seit 1968 wurde die Einkommenssteuer am Wohnort und nicht mehr am Arbeitsplatz erfasst. Mit dem Umzug vieler gut verdienender Arbeitnehmer ins Bremer Umland zog das erhebliche finanzielle Nachteile nach sich; Bremen wurde vom Geber- zum Empfängerland. Zusammen mit dem Verlust von der Hälfte der Arbeitsplätze im Schiffbau, der Nahrungs- und Genussmittelindustrie und dem Textilgewerbe in den 1970er- und 1980er-Jahren begründete das wesentlich die Haushaltsnotlage des Bundeslandes Anfang der 1990er-Jahre. An dieser schwierigen Finanzsituation hat sich bis heute trotz einer mittlerweile zwanzigjährigen Geschichte von erheblichen Bundeszuweisungen, Sparmaßnahmen und Vermögensäußerungen nichts geändert.

Das 1993 aufgelegte Investitionssonderprogramm (ISP) konnte mit dem Technologiepark, der Überseestadt und anderen Projekten einige Erfolge erzielen, aber das selbstgesteckte Ziel einer Beseitigung der Haushaltsnotlage nicht erreichen.

Zum Tragen kamen bei den finanziellen Problemen noch zwei weitere Entwicklungen. Zum einen hat die systematische Entlastung von Unternehmen und Vermögenden die Einnahmeseite des Staates empfindlich geschwächt, zum anderen zeigte es seine Wirkung, dass seit dem Beginn der mikroelektronischen Revolution in der Wert produzierenden Industrie mehr Arbeitsplätze vernichtet als an anderer Stelle geschaffen werden. Dies wirkt letztendlich negativ auf die staatlichen Finanzen, die durch die Arbeitsplätze im wachsenden Dienstleistungsbereich nicht ausgeglichen werden können. Dieser Prozess der Abnahme der wertschöpfenden Arbeit läuft weitgehend unabhängig davon, welche politischen Entscheidungen getroffen werden, und ist eine der tieferliegenden Ursachen für die länderübergreifenden wirtschaftlichen Probleme seit dem Ausbruch der Finanzkrise 2007. Dass die Produktivitätsschübe auch in der Zukunft ein bleibendes Problem für Finanzen und Arbeitsplätze darstellen werden, demonstrierte eine Berechnung der IG Metall von 2010, wonach es »aufgrund der Produktivitätssteigerungen selbst bei einer schnellen Erholung auf das Vorkrisenniveau für 300.000 Beschäftigte in der Metallindustrie bald keine Arbeit mehr geben wird«³. Oskar Negt hielt solche Entwicklungen für »unweigerlich, da die Produktionsprozesse einem Rationalisierungsgesetz unterliegen«, und forderte eine »Neubestimmung des Verhältnisses von traditioneller Erwerbsarbeit und anderen Tätigkeitsformen, die selbstverständlich

die materielle Grundsicherung eines jeden gewährleisten müssen«⁴. Schon 2006 hatte der ver.di-Bundeskongress eine solche Argumentation entwickelt und beschlossen, die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen wohlwollend wie ergebnisoffen zu diskutieren. Andere gewerkschaftliche Zusammenhänge übernahmen diese Haltung.

Orientieren sich die aktuellen Arbeitsverhältnisse im öffentlichen Dienst weiterhin überwiegend an früheren Standards, so kam es seit Anfang des Jahrtausends in weiten Bereichen der Privatwirtschaft im Zuge der Agenda 2010 zu einer drastischen Erhöhung der Zahl der prekären Arbeitsverhältnisse. Unter diesem Begriff werden all diejenigen Beschäftigungsverhältnisse zusammengefasst, die mit weniger Arbeitnehmerrechten ausgestattet sind oder kein oder kaum die Existenz sicherndes Einkommen ermöglichen.

Der DGB geht aktuell davon aus, dass gut ein Drittel der ArbeitnehmerInnen in der Leiharbeit, befristet, geringfügig (Minijobs usw.), unfreiwillig in Teilzeit oder im Niedriglohnbereich tätig sind. In Bremen gibt es zurzeit 10.000 Leiharbeiter, 70.000 Minijobber, 55.000 Teilzeitarbeitende; 40 Prozent aller Neueingestellten verfügen lediglich über einen befristeten Arbeitsvertrag. Die destabilisierende Wirkung der prekären Arbeitsverhältnisse liegt vor allem darin, dass sie die Finanzierung der Sozialversicherung aushöhlen und den Betroffenen eine halbwegs sichere Lebensplanung erschweren oder unmöglich machen. Der französische Gewerkschafter und Soziologe Pierre Bourdieu, der sich viele Jahre mit den neuen Arbeitsverhältnissen beschäftigte, sah in der permanenten Zukunftsunsicherheit großer Bevölkerungsteile einen entscheidenden Bruch mit dem

früheren Selbstverständnis sozialer Marktwirtschaften und warnte bereits 1998 vor einer gefährlichen Zunahme von »Zynismus und Demoralisierung« in der insbesondere von der Prekarität betroffenen jüngeren Generation.⁵

Die prekäre Arbeit hatte noch keine Rolle gespielt, als es in der Stahl-, Metall- und Druckindustrie zu mehreren langwierigen Streiks über Schritte zur Einführung der 35-Stunden-Woche kam. Die ganz wesentlich beschäftigungspolitisch begründeten gewerkschaftlichen Forderungen hatten in einem Aufsehen erregenden, sechswöchigen Arbeitskampf in der Stahlindustrie im Jahr 1978 noch keinen Durchbruch erzielen können. Sechs Jahre später ebnete jedoch ein weiterer langer Streik, diesmal in der baden-württembergischen Metallindustrie, den Weg in die Wochenarbeitszeitverkürzung. Als bald wurde in der Metall- und Druckindustrie die 38,5-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich Bestandteil der Tarifverträge. Die Abmachungen enthielten auch Komponenten zur möglichen Ausdifferenzierung der Arbeitszeit, nach der die 38,5-Stunden-Woche nicht für jeden Betriebsangehörigen, sondern nur im Betriebsdurchschnitt erreicht werden musste; die individuelle Arbeitszeit konnte zwischen 37 und 40 Stunden schwanken.

Ab 1995 galt dann in Westdeutschland die 35-Stunden-Woche für die über dreieinhalb Millionen Beschäftigten in der Druck-, Metall- und Elektroindustrie; die ArbeitnehmerInnen in den fünf neuen Bundesländern mussten 38 Stunden arbeiten. Der IG Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel würdigte die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche als ein »erfolgreiches Stück Tarif- und Sozialgeschichte«. Seit Mitte der 1990er-Jahre ist der Trend zur Wochenarbeitszeitverkürzung jedoch gestoppt, teilweise ging

es sogar in die andere Richtung. So gab es in Deutschland Arbeitszeitverlängerungen ohne Lohnausgleich auf 39 bis 40 Wochenstunden bei der Deutschen Bahn AG, der Telekom, im öffentlichen Dienst und im Baugewerbe. Die Spitze bildet eine Regelung für hessische und thüringische Landesbeamte, für die mittlerweile die 42-Stunden-Woche gilt.

Die GEW unterstützte den Kampf um die 35-Stunden-Woche und griff das Thema auch für die Lehrkräfte auf, als sie die Forderung nach 20 Unterrichtsstunden für alle, unabhängig von der Schulform, erhob. Einmal zogen die komplexen Auseinandersetzungen mit dem Senat um die Arbeitszeit sogar einen eintägigen Lehrerstreik nach sich. Nach 1990 befand sich die GEW in diesen Konflikten mehr und mehr in der Defensive; im Fokus der Bemühungen stand die Verteidigung des Bestehenden, bestenfalls ging es um eine Umorganisation, die in dem einen oder anderen Fall auch eine Verbesserung beinhalten konnte.

Andere Sachverhalte zeigen ebenfalls, wie sehr die GEW-Aktivitäten im Spiegel der verschiedenen gesellschaftlichen Entwicklungen verliefen. Die GEW-Unvereinbarkeitsbeschlüsse waren das Pendant zu den Berufsverboten, auch wenn der Kreis der Betroffenen enger war als bei der staatlichen Auswahl. Das lähmende wie quälende Sektierertum, das der Gewerkschaftsarbeit manchmal zu schaffen machen konnte, stellte im »roten Jahrzehnt« (Gerd Koehnen) der 1970er-Jahre alles andere als eine Ausnahme dar. Und die Positionierung der GEW gegen den Nato-Doppelbeschluss sowie die Konsequenz, mit der diese Überzeugung auch gegenüber dem DGB vertreten wurde, stand ganz im Zeichen der Friedensbewegung Anfang der 1980er-Jahre.

Voller Hoffnungen hatte sich die GEW gezeigt, als Bürgermeister Hans Koschnick 1971 die Bildungspolitik zum Schwerpunkt der kommenden Legislaturperiode erklärte. Überall war von der Gesamtschule die Rede, ein Begriff, in dem wie in keinem anderen Wort die vielfältigen Ideen für ein besseres Schulsystem kumulierten. Und die tatkräftige Gründung von vier dieser Schulen 1969 bis 1972 schien nur der Anfang für die Etablierung einer Schule zu sein, in welcher die Differenzierung in die Schule verlagert wird und nicht mehr zwischen verschiedenen Schulformen besteht. Aber so sollte es nicht kommen. In dem als Jahrhundertgesetz gefeierten Lehrerausbildungsgesetz von 1974 und dem neuen Schulgesetz von 1975 waren die Reformgedanken zwar federführend, aber sie erhielten kaum noch eine Umsetzung. Lediglich noch einmal, im Jahr 1989, bekam die Gesamtschulbewegung mit der Gründung der Gesamtschule Mitte in Bremen (GSM) und den dann in den folgenden Jahren sich bildenden integrierten Stadtteilschulen in Bremen und Bremerhaven, die maßgeblich »von unten« initiiert und durchgesetzt wurden, einen neuen Impuls.

Aufbauend auf deren Konzeption folgte 2009 die Einführung von 33 Inklusiven Bremischen Oberschulen, denen als zweite Säule des Bremer Schulsystems acht durchgängige Gymnasien zur Seite standen. Die gegenwärtige Zweigliedrigkeit des Bremer Schulwesens bedeutet aus GEW-Perspektive einen Fortschritt gegenüber den Schulformwirklichkeiten der 1950er- und 1960er-Jahren, aber sie ist gemessen an der Forderung nach einem nicht gegliederten Schulsystem mit der Gesamtschule als »Regelschule für alle« keine grundlegende Schulreform.

Die GEW erneuerte und verbreiterte ihre Strukturen; ein Großteil der organisatorischen Expansion fand in den 1970er-Jahren statt und sollte in den 1980er-Jahren ihren Höhepunkt überschreiten. Die Gründung von Fachgruppen, welche die Tätigkeiten der Betriebsgruppen entlang der Schularten zu koordinieren versuchten, erhöhte die organisatorische Schlagkraft ebenso wie eine Neustrukturierung analog der politischen Körperschaften mit der Gründung eines Landesverbandes Bremen und eines Bezirksverbandes Bremerhaven. Frauengruppen und das Gendern der Gremienarbeit, Ausschüsse von arbeitslosen und jungen Lehrkräften und eine GEW-Gruppe Ausländerkinder zeigten die Entstehung der neuen Organisationsformen im Rahmen soziokultureller Veränderungen beziehungsweise herausragender, insbesondere an den Schulen wirkender allgemeingesellschaftlicher Probleme.

Längst nicht alle Neuerungen erwiesen sich als überlebensfähig, aber alle erhielten ihre innergewerkschaftliche Anerkennung und fast alle neuen GEW-Institutionen wissen einen Höhepunkt ihrer Entwicklung ausfindig zu machen, in der sie die gewerkschaftliche Meinungsbildung erheblich mitzugestalten und darüber hinaus in der Auseinandersetzung mit der Schulbehörde Verbesserungen durchzusetzen oder zumindest die Sparpolitik zurückzudrängen verstanden.

Mit einer Politik, die zu kürzen gedenkt, wird sich die GEW aller Voraussicht auch in Zukunft auseinandersetzen müssen, denn im Sanierungsprogramm 2012–2016 der Freien Hansestadt Bremen wurde unmissverständlich erklärt, dass die »Verringerung des Personalbestandes im Öffentlichen Dienst mit deutlichen Abbauraten fortgesetzt werden soll«⁶. Finanzsenatorin

Karoline Linnert und Oberbürgermeister Jens Böhrnsen verkündeten zudem vorsorglich, dass auch nach gelungener Sanierung »kein Milch und Honig fließen wird«⁷. Wie auch immer sich diese Ankündigung auf das Bildungswesen im Einzelnen auswirken wird – die GEW darf sich einer hohen Aufmerksamkeit sicher sein, denn das Thema Bildung ist seit Pisa wieder in aller Munde.

1 Oskar Negt, Achtundsechzig, 3-2001 Göttingen, S. 17.

2 Zitiert nach: Die ZEIT, 15.10.1982.

3 Helga Schwitzer (Vorstandsmitglied der IG Metall) im Interview, 2010; <http://netkey40.igmetall.de/homepages/alfeld-hamel-hildesheim/igmetall/2010-05-28arbeitszeit35stundenwoche.html>.

4 Oskar Negt im Interview, Spiegel, 09.08.2010, Seite 98 ff.

5 Vgl.: <http://labournet.de/diskussion/arbeit/realpolitik/prekaer/bourdieu.pdf>.

6 Sanierungsprogramm 2012–2016, S. 12. www.finanzen.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen53.c.14378.de

7 Die Homepage der Finanzsenatorin schreibt dieses Zitat Karoline Linnert wie Jens Böhrnsen gleichermaßen zu. www.finanzen.bremen.de/sixcms/detail.php?gsid=bremen53.c.5152.de

Gedanken zur Gründung



Fotograf: Ernst Vogt, links: Paul Goosmann

An mich wurde die Frage gestellt: »Wie war die Situation der Lehrerschaft und der Schule im Gründungsjahr (1946)? Die Lehrerschaft und die Schule: gab es sie?« Wer sich wie ich an die Jahre 1945/46 erinnern kann, muss diese Frage verneinen. Die »Lehrerschaft« und »die Schule« sind Begriffe, die angesichts des Zusammenbruchs des sogenannten Dritten Reiches keine Wirklichkeit mehr bezeichneten, das heißt nicht mehr erfahren werden konnten.

Die existenzielle Not und die Ratlosigkeit, gepaart mit Angst in Bezug auf die damals in der Öffentlichkeit bekannt werdenden Verbrechen des NS-Regimes und die daraus resultierende Unsicherheit gegenüber eigener Ver-

strickung, schufen ein beklemmendes öffentliches Bewusstsein. Die These von der Kollektivschuld verbreitete eine unbewusste zerstörerische Solidarität. Hinzu kam die Fragebogen-Aktion der Besatzungsmächte mit ihrer ausufernden Bürokratisierung. Sie hat einen neuen Aufbau mehr belastet als gefördert. Hauptschuldige gewannen Zeit, sich hinter der Bürokratie zu tarnen und zu verstecken.

Der weise Appell des ersten Bundespräsidenten Heuß, die falsche These von der Kollektivschuld durch eine uns alle verbindende Kollektivschar zu ersetzen, verlor angesichts der geschilderten Umstände an politischer Kraft, die wir damals herbeigewünscht hatten. Ich vermag nicht zu sagen,

wieweit sich das Gefühl der Befreiung und der Entschluss zur Hoffnung ausgebreitet hatten. Als ich im September 1945 als Schwerverwundeter aus der Gefangenschaft nach Bremen zurückkam, war ich von diesem Gefühl beseelt und traf auf Freunde und alte Kollegen, denen es ebenso ging.

Wir fassten schon in den letzten Monaten des Jahres 1945 den Entschluss, einen neuen Lehrerverein zu gründen, um dem Chaos nicht tatenlos gegenüberzutreten. Dazu brauchten wir das Einverständnis der amerikanischen Besatzungsbehörde, um die wir uns allerdings vorerst nicht kümmerten. Unsere Absicht war, den Rahmen des alten Lehrervereins zu sprengen. Dem neuen Verein sollten alle Lehrenden an bremischen Schulen angehören – Kolleginnen und Kollegen aller Schularten. Dazu war es nötig, bekannte und »unbelastete« Vertreter der verschiedenen Lehrergruppen zu gewinnen.

Wir waren davon überzeugt, dass das verhängnisvolle Missverständnis zwischen dem, was man »Volksschulbildung« und »höhere Schulbildung« nannte, einem bösen Mangel an Bildung in Bezug auf den Begriff Bildung entsprang. Im ersten Halbjahr 1946 kam es zu mehreren intensiven Beratungen verschiedener Gruppen von Kolleginnen und Kollegen und am 12. Juli 1946 zur Gründungsversammlung des »Vereins bremischer Lehrerinnen und Lehrer«. Auf dieser Versammlung in der Kunsthalle wurde ein geschäftsführender Ausschuss gewählt. Die offizielle Vorstandswahl konnte erst auf einer später einzuberufenden Hauptversammlung stattfinden. Vorher musste das Büro der Militärregierung die Gründung des Vereins offiziell genehmigen. Das erfolgte erst im Dezember 1946. – Ohne diese Genehmigung abzuwarten, luden wir (der gewählte Aus-

schuss, dessen Vorsitzender der Unterzeichnete war) zur ersten Jahreshauptversammlung für den 9. Oktober 1946 ein. Dort wurde der Vorstand gewählt. Er bestand aus Vertretern verschiedener Schularten und zu gleichen Teilen aus Kolleginnen und Kollegen. Das war für uns damals selbstverständlich. Als Vorsitzender wurde ich bestätigt.

Nach der Zulassung durch die Militärregierung konnte der Verein in einem Schreiben vom 20. Dezember 1946 den Senator für Erziehung und Unterricht (Christian Paulmann) um die Zuwendung von 2.000 Bogen Abzugspapier und 1.000 Bogen Schreibmaschinenpapier ersuchen. – Nachdem Anfang des Jahres 1950 auch die Kollegen der gewerblichen Berufsschule beigetreten waren, gehörten dem VBLL Lehrende aller Schularten an.

Bei den Besatzungsbehörden wurde nach der Jahreshauptversammlung am 9. Oktober 1946 als Geschäftszimmer des neuen Vereins unsere Privatwohnung, Mathildenstraße 96, 2. Stock (mit selbstzugemauerter Küchenwand) gemeldet. Dort wurden »die Geschäfte« abgewickelt und Übungen mit Studenten abgehalten. Das notwendige Heizmaterial (selbstgestochener Torf und Holz) wurde an jedem Wochenende aus Unterstedt (nahe Rotenburg/Wümme) von meiner Frau und mir mit Hilfe unserer Fahrräder herbeigeschafft.

Interzonale Verbände waren in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg von der Militärregierung verboten. Ohne mich darum zu kümmern, hatte ich schon Anfang 1946 Kontakte mit Kollegen aus Hamburg, Braunschweig und dem Ruhrgebiet aufgenommen. Am 15. Oktober 1946 nahm ich an der Braunschweiger Konferenz von Lehrervertretern der britischen Zone teil. Vom amerikanischen Erziehungsbeamten wurde ich deshalb ver-

warn. Trotzdem nahm ich sowohl am 24. November 1946 als auch am 11. Dezember 1946 an Sitzungen teil, welche die erste überlokale Vertreterversammlung deutscher Lehrerinnen und Lehrer der britischen Besatzungszone für den 9. und 10. Januar 1947 vorbereiteten. Sie fanden in Hannover statt. Auf Grund der Tatsache, dass gewählte Vertreter Bremens an der Detmolder Tagung teilnahmen, wurde sie zur ersten »bizonalen« Vereinigung von Lehrern.

In den Mitteilungen für die Teilnehmer in Detmold hieß es: Bettwäsche und Decken sind mitzubringen, gemeinsame Verpflegung gegen Markenabgabe. Transportmittel war die Eisenbahn, die Züge waren ungeheizt. Zu den beiden oben erwähnten Sitzungen in Hannover fuhr Max Traeger aus Hamburg, der spätere Vorsitzende der GEW, in einem Wagen mit Holzgasmotor. Er brachte – mit Genehmigung des Hamburger Senats – einen kleinen Kübel Schulspeisung und etwas Brikkett mit, damit wir (5–6 Kollegen) uns wärmen und verpflegen konnten. Die Sitzungen fanden in einer unzerstörten alten Schule statt.

Der neue ADLLV (»Allgemeiner deutscher Lehrer- und Lehrerinnenverband«) der britischen Zone war – laut Beschluss in Detmold – »Berufsgewerkschaft und arbeitet nach gewerkschaftlichen Grundsätzen«.

Schon im Jahre 1947 führten Vertreter des Vorstandes des ADLLV, dem ich angehörte, Gespräche mit Vorstandsmitgliedern des DGB der britischen Zone, um einen Anschluss an den DGB

als GEW vorzubereiten. Das geschah dann durch einen Beschluss des ADLLV in Dortmund am 20. Mai 1948. Erst am 13. Oktober 1949 erfolgte dann die Gründungsversammlung des DGB in München als Einheitsgewerkschaft. Zum Vorsitzenden wurde Hans Böckler gewählt.

Am 27. April 1951 wurde der »Verein der Lehrer am wissenschaftlichen Zweig der Volkshochschule In Bremen« gegründet (Philologenverein). Von den entsprechenden Kollegen bekam ich als Vorsitzender der GEW entschuldigende Erklärungen. Man teilte mir mit, man habe sich deshalb so verhalten müssen, weil Bremen die einzige Großstadt sei, die noch keinen entsprechenden Verein besitze.

Im Jahre 1952 schrieb ich in einem Rückblick: »Der Landesverband Bremen der GEW war bis vor einem Jahr in der Bundesrepublik das einzige Beispiel des langersehnten, in bestimmten Kreisen berüchtigten »Einheitsverbandes«. Dieses hoffnungsvolle Zwischenspiel auf dem dornenvollen Weg der deutschen Lehrerbewegung seit 1948 ist nunmehr durch die Gründung des Philologenverbandes historisch geworden, das währte von 1946 bis 1951. Die destruktiven Folgen zeichnen sich am Horizont ab.«

Seit jenen Tagen geht im bundesrepublikanischen Deutschland das Wort von der »Restauration« und den »restaurativen Tendenzen im gesellschaftlichen und politischen Leben« um.

aus: »BLZ« 7/8 '86, S. 5

Was ist die GEW – Gewerkschaft oder Pädagogenverband?



GEW-Veranstaltung mit Ulrich Thöne (rechts), Bundesvorsitzender der GEW

»Vom Lehrerverein zur Gewerkschaft«, so lautet die Überschrift, die Helga Ziegert und Elmar Hoffmeister, zum damaligen Zeitpunkt beide Bezirksvorsitzende Süd bzw. Ost der GEW Bremen, für ihren Kommentar zum Bundeskongress der GEW 1980 wählten. Mit den ersten symbolischen Lehrerstreiks, unter anderem der zweistündigen Arbeitsniederlegung in Bremen im Sommer 1979, wollte man endgültig das Image des berufsständischen Pädagogenvereins, als den die neue Lehrergeneration die »alte GEW« beziehungsweise in Bremen den ehemaligen VBLL (Verein Bremer Lehrerinnen und Lehrer) ansah, ablegen und zu einer kampfkraftigen, zur Durchsetzung der Arbeitsplatzinteressen ihrer Mitglieder fähigen Gewerkschaft werden: »Die große Einmütigkeit bei

den Beschlüssen des Kongresses zur Arbeitszeitverkürzung und zur Einrichtung eines Kampffonds machte die Geschlossenheit in der Zielsetzung deutlich«. Die Autoren registrierten eine »neue Qualität des Kampfes um die Arbeitszeitverkürzung infolge der geplanten und realisierten ›Rotstiftpolitik‹.«

So könne man auch neue Verbündete, Eltern, Schüler und andere DGB-Gewerkschaften gewinnen. Das gewachsene gewerkschaftliche Bewusstsein der GEW habe sich zudem in der Stellungnahme zum Grundsatzprogramm des DGB gezeigt, in der die GEW sich gegen die »Einengung der Geschichte der deutschen Gewerkschaften auf die sozialdemokratische und christliche Arbeiterbewegung« wandte. »Die aus den gemeinsamen Erfahrungen der Arbeitnehmer – besonders im Kampf

gegen den Faschismus ... – entstandene Einheitsgewerkschaft hat die historischen Traditionen, politischen Richtungen und geistigen Strömungen der Arbeiterbewegung¹ in eine gemeinsame Organisation zusammengeführt.«²

Leitmotiv der »echten« Gewerkschafter in der GEW Bremen wurde die Arbeitszeitkampagne als Ausdruck genuin gewerkschaftlicher Interessenvertretungspolitik und eng damit verbunden die »Kampfmaßnahmen bis hin zum Streik«. Eine GEW, die nicht streikfähig sei – bis hin zum mehrtägigen »Erzwingungsstreik« – sei nichts anderes als ein Kaninchenzüchterverein, befand zum Beispiel die GEW-Betriebsgruppe Alwin-Lonke-Straße 1989.

Die Gegenposition vertrat der Bremer Landesvorsitzende der GEW, Hans Stelljes, der bei seinem Abschied aus dem Amt 1981 noch einmal die bildungspolitische und pädagogische Tradition und Aufgabe der GEW beschwor.

Unter Berufung auf Paul Goosmann, dem ersten GEW-Vorsitzenden der neu gegründeten GEW nach dem Krieg, rief er dazu auf, aus den pädagogischen und schulreformerischen »Engpässen« herauszukommen: »Das Traurige an unserer Zeit ist nicht, was sie nicht erreicht, sondern was sie nicht versucht.« (Zitat Paul Goosmann) Notwendig sei eine auf pädagogische und reformerische Verbesserungen gerichtete GEW-Politik, die Eltern und DGB-Gewerkschaften für die eigenen Zielvorstellungen gewinne. Schulreformerische Konzepte könnten die Notwendigkeit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Lehrer besser beweisen als Resolutionen, Aktionen, Demonstrationen oder »gar Kampfmaßnahmen«.³

Der Streik als gewerkschaftliches Kampfmittel setzte sich in der Folge-

zeit in der GEW durch – immer häufiger rief die GEW Bremen zu Arbeitsniederlegungen auf. Bei den Beamten und damit bei der Mehrheit der Bremer Lehrerinnen und Lehrer blieb es aber beim Demonstrationsstreik. Mit den Aktionen sollte politischer Druck ausgeübt werden, und angesichts zunehmender Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in den 1990er-Jahren dienten sie dazu, der Empörung Gehör zu verschaffen. Nicht zuletzt sollten solche Aktionen auch die Handlungsfähigkeit einer GEW als Organisation beweisen, der die gewerkschaftliche Durchsetzungsmacht als Tarifpartei fehlte.

Als (erfolgreiches) Kampfinstrument zur Durchsetzung der GEW-Forderungen, wie zu Beginn erhofft, erwiesen sich diese GEW-Aktionen nicht. Mit Ausnahme des Angestelltenstreiks 2002 konnten weder Verbesserungen erzielt noch Verschlechterungen abgewendet werden. Mehr noch als andere Gewerkschaften im Dienstleistungsbe-
reich ist die GEW angewiesen auf Unterstützung oder zumindest Sympathie der Öffentlichkeit und hier vor allem der Eltern als »natürliche Verbündete« im Bildungsbereich. Dies setzte und setzt aber gemeinsame Interessen in der Bildungs- und Schulpolitik sowie eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Lehrern und Eltern voraus, die durch reine Interessenpolitik nicht zu erreichen ist.⁴

Bildungspolitische Forderungen und berufsbezogene Interessen der Lehrer erwiesen sich nicht immer als miteinander vereinbar. So war die Kernforderung der Bildungsreform – die Gesamtschule als eine Schule für alle Kinder – für den alten Bremer Lehrerverein noch untrennbar verbunden mit dem berufspolitischen Interesse an der Aufwertung des Status

der ehemaligen Volksschullehrer. Das Bremer Lehrerausbildungsgesetz von 1974, das die gleichwertige Ausbildung und damit auch Besoldung aller Lehrergruppen vorsah, wurde nicht nur von der Bremer, sondern auch von der Bundes-GEW als »Jahrhundertgesetz« gefeiert. Das Schulgesetz (ebenfalls 1974), das die Umwandlung des Bremer Schulwesens in ein in Stufen gegliedertes System vorsah, stieß aber bereits, ebenso wie die flächendeckende Einführung der Orientierungsstufe, auf ein geteiltes Echo in der GEW Bremen. Von den einen als Schritt in Richtung auf die angestrebte »Schule für alle« begrüßt, wurde es von anderen als inkonsequent und Abkehr vom Reformideal kritisiert – dies umso mehr, als die Schulreform für die Lehrer an den Schulen meist mit höherem Arbeitsaufwand verbunden war.

Die Angleichung der Unterrichtsverpflichtung für die Lehrer in der Sekundarstufe I, die für die Haupt- und Realschullehrer eine Verringerung, für die Gymnasiallehrer aber eine Erhöhung ihrer Stundenbelastung bedeutete, stellte die GEW vor eine Zerreißprobe, da der GEW-Führung von den Gymnasiallehrern vorgeworfen wurde, für dieses Ergebnis mitverantwortlich zu sein. In den Betriebsgruppen der GEW und teilweise auch in den Fachgruppen setzte sich im Laufe der 1970er- und 1980er-Jahre die Haltung durch, theoretisch zwar für Reformen zu sein, praktisch aber jeden Schritt der Umsetzung abzulehnen, da hiermit die eigentliche Reformidee verwässert oder sogar verraten werde. Das Motto lautete: Reform ja – aber nicht so.

Dabei waren es in der Regel GEW-Mitglieder, überwiegend ehemalige oder amtierende Funktionäre, oder die GEW-Fachgruppen, die einzelne Reformschritte im Bremer Schulwesen

und pädagogische Verbesserungen an den Schulen vorantrieben – mit großem Engagement und unter hohem zusätzlichem Arbeitsaufwand. Dies bildete die Voraussetzung dafür, dass auch Eltern bereit waren, die Lehrer in Bezug auf ihre Arbeitsplatzinteressen zu unterstützen.

Organisatorische Veränderungen im DGB zwangen die GEW Ende der 1990er-Jahre auch in Bremen dazu, ihr eigenes gewerkschaftliches Selbstverständnis neu zu diskutieren. Anstoß war der Zusammenschluss der Gewerkschaft ÖTV und mehrerer kleinerer Gewerkschaften zur Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, von dem man sich mehr Einfluss und mehr Durchschlagskraft bei der Durchsetzung gewerkschaftlicher Zielvorstellungen versprach. Die GEW stand vor der Frage, ob sie sich als »kleine« Gewerkschaft diesem Verbund anschließen oder selbstständig bleiben wollte – und wenn Letzteres, mit welchem gewerkschaftlichen Profil.

In seiner Abschiedsrede an die GEW analysierte der überraschend ein halbes Jahr zuvor abgewählte Vorsitzende der Bundes-GEW, Dieter Wunder, 1997 das Erscheinungsbild der GEW⁵:

»Bildungspolitik ist ›in‹. ... Und in welchem Zustand befindet sich die Bildungspolitik der GEW? Die GEW kümmert sich um Arbeitszeit, Tarifpolitik, Pensionen und Renten, Rechtsschutz, Organisations- und Personalpolitik, modernes Management, Finanz- und Wirtschaftspolitik. Bildungspolitisch tritt die GEW auf Pressekonferenzen in Erscheinung, in Broschüren und vielen GEW-Zeitungen, in Podiumsdiskussionen oder auf Fachtagungen ... Aber ist die GEW in der Bildungspolitik wirklich mehr als ein kluger Bedenken-träger, reagierend je nach Land sehr unterschiedlich? Ist sie gestaltende

Kraft?« Die faktische bildungspolitische Abstinenz der GEW habe ihre Ursache in den Erstarrungen der 1980er-Jahre. Die GEW sei nicht mehr offen für neue bildungspolitische und pädagogische Ideen, die Organisation habe sich in ihrem Protest, ihren Klagen, ihrem Alltagsverhalten fern der großen Bildungspolitik gut eingerichtet. Als »gewerkschaftspolitische Neulinge« hätten sich die GEW-Mitglieder nach 1968 das traditionelle Verständnis von Gewerkschaftsarbeit – Tarif- und Beamtenpolitik – angeeignet, ohne die spezifischen Bedingungen von GEW-Politik mit zu bedenken und überdies den gegenüber damals stattfindenden Wandel gewerkschaftlicher Politik zu übersehen. »Eine GEW, die sich auf die spezifischen tarif- und beamtenpolitischen Belange des Bildungsbereichs beschränkt, mag eine begrenzte Berechtigung haben ... Diese GEW wäre aber keine Organisation, um deren Selbständigkeit sich mit Herzblut zu streiten lohnt.«

Dieter Wunder spricht sich am Schluss seiner Rede für die Profilierung der GEW als Bildungsgewerkschaft aus, die »aus der offenen Diskussion mit allen Gewerkschaften ein bildungspolitisches Konzept aufstellt,

das in der Gesellschaft konsensfähig ist«. Eine solche Gewerkschaft müsse in der Lage sein, in der Spannung zwischen Mitgliederinteressen und Interessen der Bevölkerung politisch tragfähige Lösungen zu finden.

Mit der Entscheidung, als »Bildungsgewerkschaft« im DGB selbstständig zu bleiben – eine Entscheidung, die mehrheitlich auch von der Bremer GEW geteilt wurde –, hat die GEW zumindest nach außen ihren bildungspolitischen Anspruch unterstrichen. Ob es der GEW damit gelingen wird, aus der bildungspolitischen Defensive herauszukommen, ist noch offen.

1 Es ging bei dieser Diskussion weniger um Geschichte als um einen stärkeren »linken« bzw. kommunistischen Einfluss in der Politik der DGB-Gewerkschaften.

2 Alle Zitate aus BLZ 12/80.

3 Hans Stelljes, »Wie geht es weiter?«, in: BLZ 2/81.

4 Beispielhaft die Stellungnahme des GEW-Bündnispartners ZEB (Zentralelternbeirat) zum GEW-Beamtenstreik 2013 zur

Besoldungserhöhung: Man erwarte von der GEW, dass der Schulbetrieb nicht gestört werde.

5 Dokumentiert in der Frankfurter Rundschau v. 27.11.1997: »Personalräte sind unser Markenzeichen, nicht aber unsere Phantasie.«

I. GEW als Bildungsgewerkschaft

Heilke von der Ahe

I. 1 Die Grundschararbeit der GEW Bremen von Mitte der 1960er-Jahre bis Mitte der 1990er-Jahre

Persönliches

Ich bin seit 1967 GEW-Mitglied und habe von Beginn an bis zu meinem beruflichen Wechsel nach Hamburg 1996 in der Fachgruppe Primarstufe und auf allen Ebenen der GEW die Bildungspolitik der GEW mit dem Schwerpunkt Grundschule aktiv mitgestaltet. In diesem Zeitraum, also von Mitte der 1960er- bis Mitte der 1990er-Jahre, entwickelte sich die pädagogische Arbeit in der Grundschule deutlich weiter und nahm auch Einfluss auf die pädagogische Arbeit in den folgenden Schulstufen.

Anfänge einer Bildungsgewerkschaft in den 1970er-Jahren

Die Situation der Grundschullehrkräfte im Bundesland Bremen war in den späten 1960er- und frühen 1970er-Jahren gekennzeichnet durch eine geringere Bezahlung (Einstufung nach A 11) der Gymnasiallehrkräfte, hohe Klassenfrequenzen (bis zu 38 SchülerInnen pro Klasse) und eine hohe Unterrichtsstundenverpflichtung (29 Wochenstunden). Dazu kam die Aufnahme der Kinder der ersten Migrantengeneration ohne jegliche Deutschkenntnisse in die Klassen. In der GEW Bremen waren Fritz Geisler-Knickmann und Herbert Scholz darum bemüht, KollegInnen für ihre Arbeitsplatzbelange zu organisieren. Es stell-

te sich schnell heraus, dass die meist weiblichen Lehrkräfte besonders gut über das Ansprechen pädagogischer Veränderungen im Sinne einer Verbesserung der Situation der Schulkinder zu erreichen waren. Das Eintreten für die eigenen Arbeitsplatzbelange (Besoldung, Unterrichtsstundenverpflichtung) stand zunächst dahinter zurück, beziehungsweise es wurde versucht, hier eine Synthese zu entwickeln – und so kann man aus heutiger Betrachtung vorsichtig formulieren, dass die Idee der Bildungsgewerkschaft, wie sie in den 1990er-Jahren auf Bundesebene nach der Wiedervereinigung entwickelt und formuliert wurde, hier schon in Ansätzen praktiziert wurde.

Auch in den folgenden Jahrzehnten war das GEW-Engagement der Bremer Grundschullehrkräfte von dem Ansatz geprägt, zunächst reformpädagogische Veränderungen in den Vordergrund zu stellen und mit ihrer Durchsetzung auch eine positive Veränderung der Arbeitsplatzsituation der Lehrkräfte zu erreichen.

Der Schulanfang: Modellversuche zur vorschulischen Erziehung in den 1970er-Jahren

Ende der 1960er-, Anfang der 1970er-Jahre bewegte die Grundschulpädagogik – initiiert durch die Konzeption des Deutschen Bildungsrats, diese Schulform mit einer Eingangsstufe für

alle Fünfjährigen beginnen zu lassen – die Frage, in welcher Institution die fünfjährigen Kinder besser gefördert werden könnten: in der Kindertagesstätte (Kita) oder in einer vorgeschalteten Klasse 0 (Eingangsstufe) in der Grundschule. Im Wesentlichen ging es darum, alle Fünfjährigen ein Jahr vor Beginn des regulären Schulunterrichts gemeinsam zu fördern und nicht nur eine »Negativ-Auslese« (Kinder, die den so genannten »Schulreifetest« nicht bestanden) in der bisher bekannten Form der Vorschulklasse an Grundschulen von SozialpädagogInnen unterrichten zu lassen. Herkunftsbedingte Benachteiligungen zu überwinden, war ein grundlegendes und zentrales Ziel der Bildungsreform und die schulvorbereitende Förderung sowie ein veränderter Übergang vom Kindergarten in die Grundschule durch die Eingangsstufe waren nach Einschätzung der damaligen Bundesregierung ihre wichtigsten Mittel. (Vgl. Hermann Rademaker, DJI München in BLZ 3/4 1986, S. 13)

In Bremen entschied sich die damalige Landesregierung, 1972 an fünf Schulstandorten je eine Eingangsstufenklasse (neben der weiterhin bestehenden Vorschulklasse) und an fünf Kindertagesstätten je eine Fünfjährigen-Gruppe einzurichten und über einen längeren Zeitraum von der Universität Göttingen wissenschaftlich begleiten zu lassen. So sollte herausgefunden werden, in welcher Institution die Kinder auf Dauer besser gefördert werden konnten. In der Eingangsstufenklasse unterrichteten eine Sozialpädagogin und eine Lehrkraft gleichberechtigt und in der Fünfjährigen-Gruppe in der Kindertagesstätte gab es eine dorthin für ein Jahr abgeordnete Lehrkraft, eine Sozialpädagogin, eine Erzieherin und zeitweilig noch eine Sozialpädagogin-Praktikantin. Die Gruppengröße

lag bei maximal 36 Kindern. Nach dem Jahr in der Kita ging die Lehrerin mit den Kindern in die benachbarte Grundschule und übernahm sie alle als neue 1. Klasse. In der Eingangsstufe hingegen blieben Sozialpädagogin und Lehrkraft in E1 und E2 (der alten 1. Klasse) gemeinsam verantwortlich. Die Teilnahme an diesen Versuchen war in beiden Bereichen freiwillig und über alle Jahre hinweg gab es mehr Anmeldewünsche, als die beteiligten Institutionen Plätze vorhalten konnten. Die Kooperation zwischen den verschiedenen Berufssparten und das Arbeiten nach von der Universität Göttingen vorgegebenen »Lehrplänen« bereits im vorschulischen Bereich sowie vorgeschriebene, intensive Elternarbeit ergaben eine kognitive und sozial-emotionale Förderung der Kinder, die sich äußerst positiv auf ihre weitere schulische Laufbahn auswirkte.

Auseinandersetzung um den Erhalt der Eingangsstufenklassen

Wie zu erwarten gewesen war, konnte sich die wissenschaftliche Begleitung auch nach fünf Jahren nicht eindeutig für einen der Modellversuche aussprechen und die bremische Landesregierung wollte im Rahmen ihrer notwendig gewordenen Sparmaßnahmen die Versuche sowieso beenden ohne die eine oder andere Form zu institutionalisieren. So wurden die Versuche in den Kindertagesstätten ohne großen Widerstand eingestellt, während sich die Beschäftigten in den Grundschulen gegen ein Auslaufen der Eingangsstufenklassen zur Wehr setzten. Es stellte sich heraus, dass durch die Arbeit in diesen Modellversuchen an den beteiligten Schulen eine besondere Form der Solidarität entstanden war, die auch die Eltern der Kinder

I. GEW als Bildungsgewerkschaft

einschloss. Die Kollegien setzten sich massiv für den Erhalt der Eingangsstufenklassen an »ihrer« Grundschule ein und unterstützten die Aktionen der Sozialpädagoginnen. Diese wandten sich an die GEW und trugen dort ihre Einsatzbereitschaft für den Erhalt der Eingangsstufenklassen in alle Gremien.

Dieses Engagement hatte eine neue Qualität für die Bremer GEW, denn es war das erste Mal, dass Sozialpädagoginnen oder Grundschullehrerinnen in der Öffentlichkeit, zum Beispiel auf Landesvertreterversammlungen, auf Gewerkschaftstagen oder auf Personalversammlungen aller Beschäftigten im Schulbereich, aber auch in den Medien oder bei Demonstrationen, auftraten. Herbert Scholz, der Schulleiter der Grundschule Am Wasser in Bremen-Grohn und gleichzeitig Fachgruppenvorsitzender der FG Primarstufe, koordinierte die Aktivitäten und verstand es, bekannte Persönlichkeiten für die Sache zu mobilisieren. Auch die Universität Bremen war behilflich: Prof. Dr. jur. Lutz Dietze schrieb in der BLZ 2/82 in einem Sonderdruck über die »Bedeutung und zum Umfang der Bestandsgarantie für die Eingangsstufe auf Grund des Bremischen Schulgesetzes von 1975«, dass »dem Gesetz ... nicht etwa schon dadurch Genüge getan [ist], wenn wenigstens eine Eingangsstufe noch irgendwo irgendwie erhalten bleibt. Vielmehr gilt für die Betroffenen und Beteiligten die Rechtsverpflichtung, die gesetzeskonform schrittweise geschaffenen Einrichtungen zu fördern, mindestens aber zu schützen und zu erhalten.«

Leider war dieser Kampf im Sinne des Erhalts der Eingangsstufe oder gar deren Ausweitung wenig erfolgreich: An nur zwei Standorten (Schule Am Wasser und Schule Borgfeld) blieb sie von 1982 bis in die 1990er-Jahre erhalten; 1994 wurde sie endgültig ab-

geschafft. Die damaligen Akteure empfinden die Ironie dieser Geschichte bei den heutigen Debatten um Qualitätsverbesserungen beim Übergang vom Kindergarten in die Grundschule ganz besonders. Es werden immer wieder neue Kooperationsmodelle vorgestellt und im Zusammenhang mit bundesweiten Leistungsvergleichen im Grundschulbereich (in denen Bremen regelmäßig sehr schwach abschneidet) wird massiv auf die besondere Bedeutung der vorschulischen Bildung hingewiesen.

Die besondere Situation der Vorschulklassen

Parallel zu den Eingangsstufenklassen gab es an jeder Grundschule in Bremen seit 1952 eine Vorschulklasse, in die diejenigen sechsjährigen Kinder für ein Jahr aufgenommen wurden, die nach dem »Schulreifetest«, der im Wesentlichen aus den »Weilburger Testaufgaben« bestand, für nicht »schulreif« gehalten wurden. In dieser Klasse wurden sie im Laufe eines Jahres durch eine Sozialpädagogin oder eine Erzieherin auf die gelingende Mitarbeit in der ersten Klasse vorbereitet. Im Zuge der 1984 beschlossenen Stelleneinsparungen im öffentlichen Dienst erhielten die Grundschulleitungen im Juli 1985 ein Behördenschreiben, in dem sie aufgefordert wurden, die Arbeit der sozialpädagogischen Fachkräfte in den Vorschulklassen zum 1. August 1986 durch Lehrkräfte zu ersetzen. Für die zu benennenden Lehrkräfte wurde eine spezielle Fortbildung am Wissenschaftlichen Institut für Schulpraxis eingerichtet. Parallel zu den anhaltenden Protesten gegen die Abschaffung der Eingangsstufen gab es nun auch noch heftige öffentliche Auseinandersetzungen um die Arbeit der sozialpädagogischen Fachkräfte in den Vorschul-

klassen. Lehrkräfte solidarisierten sich sofort mit ihren VorschulklasseleiterInnen, denn sie befürchteten nicht zu Unrecht, dass ein langjähriger Einsatz ihrerseits in Vorschulklassen zu einer Gehaltsabstufung führen könnte.

Exkurs zu Besoldungsfragen:

Anfang der 1970er-Jahre wurde die Besoldung der Grundschullehrkräfte von A 11 nach A 12 angehoben. Es gab einen weiteren Aufstieg nach A 12a, wenn man in einem zweiten Wahlfach eine schriftliche Hausarbeit ablieferte. Nach A 13 konnte man befördert werden, wenn man eine Funktion, wie zum Beispiel eine Schulleiterstelle an Grundschulen mit mehr als 350 SchülerInnen, übernahm. Später gab es auch Grundschulen mit weitaus mehr SchülerInnen, die einen Aufstieg nach A 14 ermöglichten. Mit der Einführung der Stufenlehrerbesoldung wurden diejenigen Grundschullehrkräfte, die nach dem BremLAG (1974) ausgebildet waren, nach A 13 ohne Z bezahlt. Diese Ungleichheit in der Besoldung trotz gleicher Tätigkeit hat in den Grundschulkollegien immer für viel Unmut gesorgt. Die (Spar-) Einstellungspraxis des SfB stellte jedoch nur wenige dieser AbsolventInnen an bremischen Grundschulen ein; man bevorzugte Lehrkräfte von den Pädagogischen Hochschulen oder Universitäten des niedersächsischen Umlandes. Seit 2005 werden alle Lehrkräfte an Grundschulen in Bremen einheitlich nach A 12 besoldet und nach 20 Dienstjahren gibt es den so genannten Bewährungsaufstieg nach A 12a.

Darüber hinaus war es für alle Grundschulfachleute eindeutig, dass die berufliche Kooperation unterschiedlicher Kompetenzen vor dem Hintergrund immer schwieriger werdender

sozialer Milieus in den Einzugsbereichen der Grundschulen (Arbeitsplatzvernichtungen z. B. bei der Schließung der AG Weser 1983, Zuzug zahlreicher ArbeitsmigrantInnen mit schulpflichtigen Kindern ohne deutsche Sprachkenntnisse, Milieuverhärtungen ...) einer wachsenden Bedeutung für die Grundschulen zukam. So war es möglich, auch in diesem Fall eine breite Solidarität in der Elternschaft herzustellen; die entsprechenden Fachgruppen der GEW, der ZEB, die Schulen selbst, aber auch die politischen Parteien nahmen laut Stellung und die Medien berichteten täglich über die zum Teil sehr öffentlichkeitswirksamen Aktionen der Beteiligten.

Der Arbeitskampf aller sozialpädagogischen Fachkräfte an den Schulen in Bremen

Am 23. September 1984 beschloss der Bremer Senat einen Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst in Bremen, so dass insgesamt bis 1987 etwa 4.500 Arbeitsplätze wegfallen sollten. Alle 55 im Vorklassenbereich tätigen und die 21 in Ganztagsgesamtschulen eingesetzten sozialpädagogischen Fachkräfte sowie die wenigen noch in den Eingangsstufenklassen Arbeitenden sollten in den Bereich des Senators für Jugend und Soziales versetzt werden. Die Verträge der befristet Beschäftigten im Mittagsfreizeitbereich der Gesamtschulen West und Ost sollten auslaufen.

Die entsprechenden GEW-Fachgruppen Sozialpädagogische Berufe, Grundschule und Gesamtschule sowie das Angestelltenreferat (A 2) wurden schnell aktiv und organisierten gemeinsam mit den Kollegien der Schulen, mit dem ZEB, den Schulleitungen und vielen anderen Unterstützern (z. B. ÖTV,

I. GEW als Bildungsgewerkschaft

Personalrat Jugendamt, Gesamtpersonalrat, GEW-Bund und anderen GEW-Landesverbänden) auch aus dem politischen Bereich (Die GRÜNEN), aus der Universität und anderen Institutionen (DJI) zahlreiche öffentlichkeitswirksame Aktionen. Die Entrüstung erfasste weite Teile der bremischen Öffentlichkeit und erreichte durch eine Personalversammlung aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Bremen mit 10.000 Teilnehmern laut WK vom 19. Oktober 1984 mit einem anschließenden Demonstrationzug von 8.000 Teilnehmern einen vorläufigen Höhepunkt. Fantasiervolle Demonstrationen, Schulbesetzungen an den Wochenenden, Schulboykotte der Eltern und Streiks erzielten eine hohe Akzeptanz. Alle Aktionen liefen zusammen und wurden von Rüdiger Eckert und dem leider viel zu früh verstorbenen Kollegen Michael Mork vorbildlich koordiniert.

In den Medien wurde schließlich berichtet, dass selbst Teile der SPD inzwischen Kritik an den Sparrunden des Senats übten. UB-Ost-Chef Hans-Dieter Müller sagte mit Blick auf das Wahljahr 1987 im *Weser-Kurier*: »Wir brauchen eine neue konzentrierte Aktion von Senat, Fraktion und Partei.« Am 18. November 1984 zitierte Carola Brunk im »Weser-Kurier« ironisch aus einem Brief des Bildungsensors Horst-Werner Franke (SPD) an Grundschulleiter und Grundschulleitersprecher:

»Vielleicht sind Verzicht und Opfer bei uns diskriminiert, weil in der Zeit der Nazi-Diktatur dieses Volk in eine perverse Opferhaltung geführt worden ist, in der man zur Selbstvernichtung für Volk und Führer bereit war. Dieses Land zerfiel in eine Trümmerwüste mit Hekatomben von Toten, und dennoch opferten sich Millionen weiter für den vermeintlichen Endsieg. Dieses kollektive Wahnsinnsverhalten der Deut-

schen hat vielleicht eine psychische Sperre dagegen bewirkt, Verzicht und Opfer für irgendein Gemeinwohl noch aufbringen zu können.«

Am 21. Oktober 1986 erzielte der Personalrat Schulen in der Schlichtungsverhandlung ein Ergebnis, welches besagte, dass »für die Zeit des Einstellungsstopps eine Neubesetzung von Vorklassen aus dem Bestand der im Dienst befindlichen Lehrerinnen und Lehrern erfolgt; solange sich Sozialpädagogen noch in Vorklassentätigkeiten befinden, bestehen für diese weiterhin die üblichen Versetzungen im Grundschulbereich.«

Die Bremer Grundschultage 1986

In allen Bundesländern gab es, organisiert vom Arbeitskreis Grundschule e. V. auf Bundesebene (einer Vereinigung von Hochschullehrern und -lehrerinnen sowie GrundschullehrerInnen) und den Grundschulfachgruppen der GEW, regelmäßig Grundschultage. Hier trafen sich Fachleute für Grundschulfragen aus Universitäten und Hochschulen mit Lehrkräften zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten. Es fanden lebendige Diskussionen und ein reger Austausch zwischen Theorie und Praxis statt.

Nachdem ich 1982 zur Vorsitzenden der Bremer Landesfachgruppe Grundschulen als Nachfolgerin von Herbert Scholz gewählt worden war, wurde es zu meinem erklärten Ziel, in Bremen ebenfalls Grundschultage durchzuführen. Ich konnte meine Fachgruppe von diesem Vorhaben – mitten im Arbeitskampf der sozialpädagogischen Fachkräfte – überzeugen und es gelang uns zudem, die Fachgruppen Sozialpädagogische Fachkräfte und Sonderschulen und die Personengruppe »Ausländerkinder« in der GEW, genauso wie

I. 1 Die Grundschararbeit der GEW

den ZEB (Zentralelternbeirat), die HochschullehrerInnen der Universität Bremen, den AK Grundschule – Der Grundschulverband, die AfB (Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD) und den Bildungsladen der GRÜNEN mit einzubeziehen und als Organisatoren sowohl Geld als auch »Manpower« und Organisationsmanagement einzubringen. Der Landesvorstand der GEW war überrascht über dieses breite Bündnis, das wir zustande gebracht hatten, und unterstützte unser Vorhaben durch entsprechende Geld-, Sach- und Personalmittel.

Zur Vorbereitung dieses für unsere bisherigen Verhältnisse gewaltigen Vorhabens trafen sich die Verantwortlichen der einzelnen Gruppierungen regelmäßig in meinem Esszimmer (sic!). Nach langen Diskussionen kristallisierte sich eine dreitägige Veranstaltung in den Räumen der Universität Bremen unter dem Motto »Mehr Zeit für Kinder – Arbeit für MEHR Lehrerinnen und Lehrer« heraus, die gekennzeichnet war durch Diskussionsveranstaltungen, Referate, Arbeitsgruppen mit unterrichtspraktischem Bezug und Hospitationsmöglichkeiten in bremischen Grundschulklassen. Einen Schwerpunkt bildete natürlich der Einsatz von SozialpädagogInnen an Grundschulen. Weitere Schwerpunkte waren der Schulanfang, Individualisierendes Arbeiten bis hin zum Offenen Unterricht und Kooperation bzw. Integration mit der Sonderschule. Eingerahmt werden sollte die Tagung von Ausstellungen der pädagogischen Verlage, dem Schulmuseum, der Landesbildstelle und Vorstellungen einzelner Schulen.

Alle beteiligten Personen und Gruppen arbeiteten bis zur Erschöpfung ehrenamtlich an der Vorbereitung dieser großen Veranstaltung; besonderer Dank gebührt dabei Helga Dohnau-

Eule (GEW und AfB), Prof. Dr. Rudolf Schmitt (AK Grundschule e. V.), Silvia Tallasch, Marianne Isenberg und Margitta Schmidtke vom ZEB und den Fachgruppenvorsitzenden der einzelnen GEW-Fachgruppen. Niemals vorher und nachher hat es in Bremen eine derart umfangreiche pädagogische Veranstaltung mit unterschiedlichen Organisatoren unter dem Dach der GEW gegeben, die so einvernehmlich an einem gemeinsamen Ziel, der Grundschararbeit in Bremen einen neuen, qualitativ höheren Stellenwert und auch einen veränderten Inhalt zu geben, ausgerichtet war.

Vom 26. bis zum 28. Februar 1986 fanden dann die Bremer Grundschultage mit einer Beteiligung von rund 600 Personen statt.

Diskussionsveranstaltungen waren mit Teilnehmern wie Bildungssenator Horst-Werner Franke, Paul Goosmann (dem Reformpädagogen und ehemaligen Rektor der PH Bremen), Eva Seligmann (der Schulrätin für den Sonderschulbereich) und Prof. Dr. Johannes Beck von der Universität Bremen prominent besetzt.

Einen großen Eindruck hinterließ unter anderem das Referat von Prof. Dr. Hans-Günther Rolf aus Dortmund »Alternativen in der Regelschule – Grundschule angesichts der so genannten Informationsgesellschaft«, in dem er formulierte, dass »die Schule der Motor der Bewegung« sei und die Schulbehörde sich mehr darum bemühen müsse, diejenigen Lehrkräfte, die sich für Verbesserungen und Veränderungen der Unterrichtsarbeit einsetzten, zu unterstützen statt sie zu disziplinieren und auf Vorgaben aus der Behörde zu trimmen. Die Öffnung zahlreicher Schulen für Unterrichtshospitationen (auch für interessierte Eltern!) war eine kleine Sensation. Die fantasievollen Aktionen



Quelle: Fotos aus BLZ 3/4 1986

der sozialpädagogischen Fachkräfte an allen drei Tagen sowie während der Abschlussdiskussion zogen noch einmal alle Aufmerksamkeit nicht nur der TeilnehmerInnen, sondern auch der versammelten Medien auf sich. Die Organisatoren konnten sich auf eine gemeinsame Abschlussresolution verständigen, die dem SfB, Horst-Werner Franke, übergeben wurde.

Die Grundschultage hinterließen nicht nur in der breiten Öffentlichkeit einen positiven Eindruck, sondern machten auch deutlich, dass es innerhalb der Schulbehörde Veränderungen in Sachen Grundschule geben musste, wenn Bremen nicht von der bundesweit sich schnell entwickelnden Veränderung der Grundschulen abgehängt werden wollte.

Es gab enge Kontakte zu H. G. Rolf und als Folge dieser Gespräche wurde die seit der Pensionierung des bisherigen Grundschulreferenten Schulte am Hülsen unbesetzte Stelle des Grundschulreferenten mit Gernot Lückert, einem Gesamtschullehrer aus Bremerhaven, besetzt. Dieser trat seine neue Stelle an und setzte durch, dass er fünf Lehrerinnen aus unterschiedlichen Grundschulen als pädagogische Beraterinnen mit einem Tag Unterrichtsbefreiung an seine Seite gestellt bekam. Alle fünf (Heilke von der Ahe, Christa Eschweiler, Maria-Anna Reinartz, Frau-

ke Schmitt und Hannelore van Weyenberghe) waren aktive GEW-Fachgruppenmitglieder und stürzten sich voller Eifer in die Arbeit. Dabei koppelten sie ihre Arbeit regelmäßig zurück mit den entsprechenden Fachgruppen Grund- und Sonderschule und dem AK Grundschule e. V. – und so kam es dazu, dass die GEW einen großen Einfluss auf die weitere Gestaltung der Grundschularbeit in Bremen bekam. Innerhalb des »Hauses« war »Gernots Harem« nicht besonders gern gesehen; dass »einfache« Lehrerinnen an der inhaltlichen Ausrichtung von Schulformen beteiligt sein sollten, war für viele »alte Behördenhasen« absolut unverständlich. Später wurde dieses sehr erfolgreiche Modell auch auf andere Schulformen übertragen. Es bestand bis 1992.

Veränderungen in der Grundschulpädagogik und ihre Auswirkungen auf die Gewerkschaftsarbeit

Die Arbeitsgruppe Grundschule in der Schulbehörde verständigte sich sehr schnell darauf, dass der Arbeitsschwerpunkt auf eine Veränderung des Schulanfangs gelegt werden sollte. Und so wurde für den kommenden Schuljahresbeginn im Stile der Grundschultage von 1986 eine Schulanfangstagung – ebenfalls in den Räumlichkeiten der Universität Bremen – organisiert, die denjenigen Lehrkräften, die eine erste Klasse übernehmen sollten, inhaltliche Orientierung und praktische Tipps geben sollte. Die Lehrkräfte wurden dafür vom Unterricht freigestellt und die zukünftigen Erstklässler erst eine Woche nach Schulbeginn eingeschult. Das war eine unerhörte Neuerung, die übrigens bis weit in die 1990er-Jahre beibehalten wurde. Die Schulanfangstagung wurde »von KollegInnen für KollegInnen« gestaltet:

Man konnte Praxisbeispiele, die sich bewährt hatten, vor Ort in den Schulen ansehen, in Arbeitsgruppen und Workshops zu bestimmten Themen diskutieren und selbst praktisch arbeiten, sich Neuerscheinungen auf dem pädagogischen Büchermarkt und vor allen Dingen Arbeitsmittel ansehen, die für den vorgeschlagenen, stärker handlungsorientierten Unterricht mit allen Sinnen geeignet waren.

Darüber hinaus stellte die Behördenarbeitsgruppe eine Handreichung zum veränderten Schulanfang her, die als Leitlinie für die ersten vier Wochen Unterricht in einer ersten Klasse gelten sollte. Damit wurden die »Weilburger Testaufgaben« endlich abgeschafft (diese beinhalteten u. a. eine Zeichenaufgabe, in der ein Mensch möglichst detailgetreu dargestellt werden sollte; für jedes Detail – z. B. im Gesicht Augen, Mund und Nase – gab es Punkte. Bei dieser Aufgabe scheiterten die Kinder muslimischen Glaubens regelmäßig, weil sie keine Menschen, schon gar nicht ihre Gesichter, darstellen durften!).

Für die künftigen Schulkinder wurde eine fröhliche, stressfreie Eingangsphase in den Unterricht gestaltet, die nicht an irgendeinem standardisierten Test ausgerichtet war. Die ersten vier Wochen wurde in Kleingruppen mit zunehmenden täglichen Überschneidungsstunden in der gesamten Klasse unterrichtet; nach Möglichkeit von zwei Lehrkräften, so dass die Kinder sorgfältig beobachtet werden konnten, um den Eltern anschließend eine detaillierte Aussage über den Entwicklungsstand ihres Kindes mitzuteilen.

Die GEW-Fachgruppenmitglieder beteiligten sich aktiv an den inhaltlichen Diskussionen, brachten neue Gesichtspunkte ein und gestalteten die Schulanfangstagung personell, inhalt-

lich und organisatorisch. Allerdings begleiteten sie die dann schlussendlich erschienene Rundverfügung Nr. 57/87 des SfB insofern auch kritisch, als die zweijährige Eingangsstufe nicht mehr grundsätzlich von SozialpädagogInnen und LehrerInnen durchgeführt werden sollte. Ferner wurde bemängelt, dass die Grundschule personell mangelhaft versorgt sei, so dass Klassen mit 30 bis 35 Kindern gebildet werden mussten.

Lernausgangslagen- berücksichtigung und Individualisierung – Zur Integration behinderter Kinder in Regelklassen

Auf Grund des Zuzugs einer hohen Anzahl von Migrantenfamilien aus allen Krisengebieten der Welt, insbesondere aber aus der Türkei und Spätaussiedlerfamilien aus der ehemaligen Sowjetunion, platzten einige Grundschulen in den sozialen Brennpunkten der Stadt bald aus allen Nähten und wussten kaum, wie sie mit den Kindern mit unterschiedlichsten Herkunftssprachen, Milieus, Kulturen und Lernständen umgehen sollten. Zusätzlich veränderte sich das soziale Milieu in vielen Bremer Stadtteilen rapide: Das Schlagwort von der »veränderten Kindheit« wurde zum Standard für die Beschreibung von familiären Hintergründen, die gekennzeichnet waren durch die Auflösung herkömmlicher Familienstrukturen, Flucht- und Migrationserfahrungen, sehr geringe bis gar keine Sprach- und Lesekompetenzen, Arbeitslosigkeit, Alleinerziehende, Alkohol- und Drogensucht und damit verbundene Kriminalität, aber auch durch Bindungsunfähigkeit, Wohlstandsverwerflichkeit, den Einfluss von starkem TV-Konsum, Gewalterfahrungen und soziale Kälte. In die Schlagzeilen geriet insbesondere



Quelle: privates Foto ,
Fachtagung zu Arbeitsmitteln
in der Grundschule am Pastorenweg
am 29.09.1987, Podiumsdiskussion
mit G. Lückert (StB) und H. von der Ahe (GEW)

die Grundschule an der Andernacher Straße in Bremen-Tenever, in der sich auf Grund der Wohnungsbelegungspolitik die oben genannten Probleme in den Herkunftsfamilien der Kinder häuften. Die GEW forderte in allen ihren Gremien eine deutlich bessere Versorgung dieser und aller Schulen in so genannten sozialen Brennpunkten. Wir erreichten für diese Schulen dann auch einen so genannten Sozialstrukturzuschlag (den es bis heute – 2013 – gibt), was ihnen ermöglichte, sich deutlich angemessener um Lernerfolge ihrer SchülerInnen zu bemühen, indem Klassenfrequenzen gesenkt und mehr Lehrkräfte eingestellt werden konnten.

Es kristallisierte sich zudem sehr schnell heraus, dass wir in der Grundschularbeit mit dem (Aus)Sortieren der Kinder in Regelschulkinder und Sonderschulkinder nicht mehr weiterkamen. Warum sollten verhaltensauffällige Kinder, die nur ihre Muttersprache und kein Deutsch sprachen, in Sonderschulen gehören? Warum konnte man nicht sprachbehinderte

Kinder in einer Regelklasse mit zusätzlichem Förderunterricht beschulen? Das Thema »Integration« nahm von da an einen breiten Raum in den Diskussionen der Fachgruppe ein und wurde ein ständiger Arbeitsschwerpunkt, der natürlich auch gemeinsam mit der FG Sonderschulen bearbeitet wurde. Es gab sowohl in Bremen als auch auf Bundesebene gemeinsame Fachgruppensitzungen und gemeinsame Positionspapiere.

Zum Umgang mit MigrantInnen – Gründung der AG »Ausländerkinder«

Darüber hinaus hatte sich seit 1980 eine neue GEW-Personengruppe herausgebildet; die TeilnehmerInnen der Zusatzausbildungen für Kinder mit anderer Muttersprache (sowohl an der Universität als auch am WIS Bremen) setzten sich energisch für ihre arbeitsplatzrechtlichen Belange und die Interessen der SchülerInnen mit anderen Muttersprachen ein. Zusätzlich wurden muttersprachliche Lehrkräfte aus anderen Ländern eingestellt. So gab es plötzlich Unterrichtende mit sehr unterschiedlichen Arbeitsverträgen, die in der GEW organisiert waren, und dies eröffnete ein neues Arbeitsfeld, insbesondere für den Personalrat.

In der »AG Ausländerkinder« gab es heftige Auseinandersetzungen um den richtigen Weg der Beschulung von SchülerInnen mit anderen Muttersprachen: Sollte es zunächst eigene Klassen nur für MigrantInnen als so genannte Vorbereitungsklassen auf die Regelklassen geben, oder sollte von Anfang an integrativ mit zusätzlichen Förderangeboten gearbeitet werden? Was bedeutete das für Klassen mit einem Migrantanteil von bis zu 75 Prozent? Sollten die MigrantInnen – wegen der

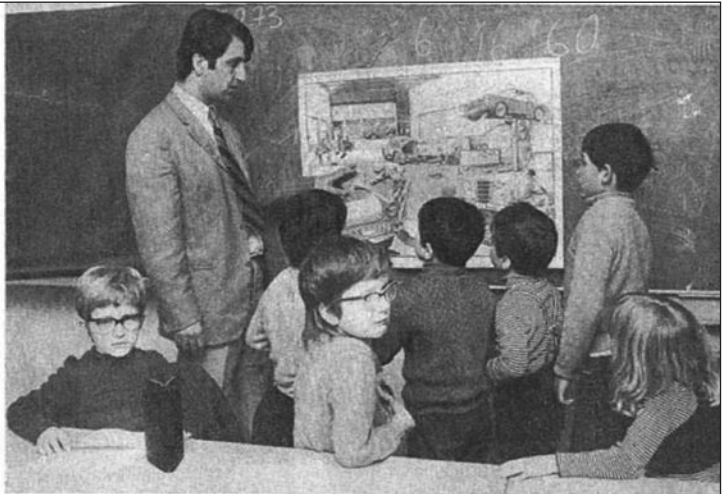
Ali Deli wurde freudig begrüßt

Türkischer Lehrer nahm Dienst auf

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich gestern unter den türkischen Schülern in der Grundschule an der Hechelstraße in Rönnebeek die Nachricht vom Eintreffen ihres neuen Lehrers. Er heißt Ali Deli, ist 41 Jahre alt und unter den türkischen Familien in Bronnen-Nord kein Unbekannter. Der in seinem Heimatland ausgebildete Volksschullehrer lebt bereits seit 1967 in der Bundesrepublik und arbeitet zuletzt bei einer nordbrasilianischen Werft. Zahlreiche Väter seiner kleinen Schützlinge sind also ehemalige Arbeitkollegen, deren Probleme er zur Genüge kennt. Dank seiner guten Deutschkenntnisse vertrat Ali Deli kürzlich während seiner Vertrittszeit als Vertrauensmann im Betriebsrat die Belange seiner Landsleute.

Der türkische Pädagoge wurde vom Senat für Bildung, Wissenschaft und Kunst eingestellt und wird außer an der Schule Hechelstraße auch türkische Jungen und Mädchen an der Fager Hechelstraße unterrichten. Zunächst wird sich Ali Deli eine Woche lang als Hospitant an den Schulen über Lehrstoff und Unterrichtsmethoden informieren. Der Schwerpunkt seiner Lehrtätigkeit wird dann besonders auf den Fächern Deutsch und Mathematik (Rechenlehre) liegen. Darüber hinaus will der neue Lehrer versuchen, zum besseren Verständnis der Türken zu ihren deutschen Schulkameraden – und umgekehrt – beizutragen. So wird er unter anderem auch seine Aufgabe sein, die Schüler über verschiedene Lebensgewohnheiten beider Völker aufzuklären, die noch immer zu Missverständnissen auf beiden Seiten führen. Als Vermittler wurde deshalb Ali Deli auch von seinen deutschen Kollegen in beiden Schulen freudig begrüßt.

Um auch Kontakt zu den Eltern seiner türkischen Schüler zu bekommen, will Ali Deli schon in der kommenden Woche zu einer Elternversammlung einladen. Da an der Grundschule Hechelstraße, wie mehrfach berichtet, große Räume herrschen, wird der türkische Pädagoge zunächst seine Schüler in einem Raum außerhalb des Schulgebäudes unterrichten. Das Zimmer wird von der evangelischen Gemeinde zur Verfügung gestellt. – Ali Deli wohnt zur Zeit mit seiner türkischen Ehefrau und seiner acht Monate alten Tochter in Schwanebeck. Trotz großer Anstrengungen ist es ihm noch nicht gelungen, eine Wohnung auf Rönnebecker Gebiet zu finden.



An der Grundschule Hechelstraße unterrichtet seit gestern der türkische Lehrer Ali Deli Schüler aus seinem Heimatland.

Quelle: Weser Kurier vom 7.02.1973

Ankunft des ersten muttersprachlichen Lehrers in einer Bremer Schule: Ali Deli aus der Türkei wurde in der Schule an der Hechelstraße in Rönnebeck eingesetzt.

besonderen Belastung einiger Schulen – per Bus auf möglichst viele Schulen verteilt werden, was »Bussing« oder auch »Krefelder Modell« (wo dieses tatsächlich praktiziert wurde) genannt wurde? Und wie stand es um die Muttersprachenkenntnisse der SchülerInnen? Sollten diese Sprachkompetenzen komplett dem Ziel der Integration in die deutsche Gesellschaft geopfert werden? Was war mit der Teilnahme an Biblischem Geschichtsunterricht, Religion, am Sport- und Schwimmunterricht für Mädchen? Wie konnte man die Teilnahme muslimischer Kinder an Klassenfahrten erreichen?

Die GEW forderte vom SfB allgemeine verbindliche Richtlinien und machte konkrete Entwürfe. An vielen Schulen wurde um diese Fragen gerungen und die Kollegien versuchten, ein für ihre jeweilige Schule passendes Konzept zu entwickeln und umzusetzen. Die KollegInnen kamen mit ihren

Fragen und Problemen in die GEW-Gruppe und stellten ihre Anliegen bis in die Landesvertreterversammlungen hinein auf eine breite Basis. Auch auf Bundesebene wurde die neue Personengruppe »BAMA« (Bundesausschuss multikulturelle Angelegenheiten) eingerichtet.

Zeugnisse ohne Noten

Als logische Folge eines veränderten Unterrichtsansatzes, der sich auf die Lernausgangslagen der einzelnen SchülerInnen bezog und den Unterricht für individualisierte, handlungs- und teamorientierte Lehr- und Lernformen öffnete, stand die herkömmliche Bewertung von Schülerleistungen und mit ihr die Form der Zeugniserteilung ebenfalls im Fokus sowohl der Bremer Fachgruppenarbeit als auch der Arbeit auf Bundesebene. Der Gewerkschaftstag der GEW-Bund 1980 hatte in fünf